



TELLKAMP IN DER NEUEN SEZSSION

Meinungsfreiheit im linken Kulturbetrieb?

Die Lust am Kulturbetrieb hat man schon lange verloren. Linke Propaganda-Romane, grüne Ideologien, subventionierte Phantasten – wo bleibt anständige Kultur und Schriftstellerei? Es gibt sie! Uwe Tellkamp beispielsweise. Er kommt aus Dresden, hat mit „Der Turm“ den Bestseller-Roman der deutsch-deutschen Geschichte geschrieben.

Nun wollte er aus seinem neuen Roman lesen. In Dresden, seiner Heimatstadt, die so viel Leid durch Rote aller Art erleben musste. Aber: Die Lesung wurde abgesagt. Nicht, weil Tellkamp krank wurde. Nicht, weil es zu wenig Interessenten gab, nein. Abgesagt wurde – erneut! – eine Tellkamp-Lesung, weil Linksextreme Druck auf den Vermieter ausübten.

Es reicht bereits aus, dass Tellkamp kein Linker ist! Mehr kann man ihm schlichtweg nicht vorwerfen. Wird aber dennoch getan. Ein „Pegida-Versteher“ sei er, ein „Patriot“, ja sogar ein Gegner offener Grenzen.

Die Meinungsfreiheit ist nichts mehr wert, wenn kein Vermieter sich trauen kann, abweichenden Meinungen ein Podium zu bieten, ohne dass dann Antifa-Journalisten und Antifa-Gewalttäter

aktiv werden.

Unter anderem über diese Verengung des Meinungskorridors, der nur noch linksgrün gepolt ist, spricht Tellkamp in der neuen, der 93. Ausgabe der freiheitlich-konservativen Zeitschrift *Sezession*.

Wie Tellkamp selbst über aktuelle Entwicklungen in Deutschland denkt, verrät er darin. Denn die Mainstream-Presse fragt ihn ja nicht, sie schreibt lieber über ihn. Gut, dass Götz Kubitscheks Zeitschrift hier ausbricht und sagt: Wir geben denen das Wort, die in einer GEZ-basierten und rotgrün indoktrinierten Medienwelt ausgegrenzt werden.

Ausgrenzer, das können viele sein. Journalisten, Gewerkschafter, linke Kirchen, aber auch Politiker. Im vorliegenden Heft der *Sezession* nimmt sich die Publizistin Ellen Kositzka einen besonderen SPD-Polterer vor. Nein, nicht Ralf Stegner, der ja nach dem letzten SPD-Parteitag eh keine Rolle mehr spielt. Johannes Kahrs ist ihr Objekt der Kritik, den sie klug und schlagend zerlegt. So und nicht anders muss man diese Politikerkaste anpacken!

Ohnehin ist diese Ausgabe der *Sezession* wieder lesenswert: Sie bietet ein reiches Panorama konservativer Publizistik. Götz Kubitschek beleuchtet die Debatte um den „umstrittenen“ Nobelpreisträger Peter Handke, der Anglist Till Kinzel plädiert leidenschaftlich für die Wiedererlangung von vollständiger Meinungs- und Forschungsfreiheit an deutschen Universitäten und Caroline Sommerfeld setzt sich mit dem ganzen Irrsinn der Klima-Sekten, wie sie auch alle heißen, auseinander. Dazu gibt es weitere Grundlagenbeiträge, Kurztexte, Rezensionen, spannende Interviews.

Wer das Heft 93 der *Sezession* erwerben möchte, greift hier zu. Wer erstmal mehr wissen möchte, schaut sich die Heft-Vorstellung von Chefredakteur Götz Kubitschek und seinem Mitarbeiter Benedikt Kaiser auf Youtube an. Film ab!



Thüringen: Bald Politik aus dem Baumarkt?

Von REALSATIRE | Demnächst könnte es in Thüringen „Projektpolitik“ geben. Wie bei OBI oder Hornbach. Jabba-ja-ja-jippie-jippie-jeeh?

Altbundespräsident Joachim Gauck schwurbelte kürzlich im ZDF davon, dass es der Union (sic) gelingen möge, die Linke in Thüringen „irgendwie“ regierungsfähig zu machen (PI-NEWS berichtete). Zunächst hatte es nach Duldung von Rotfront 2.0 gerochen, also einer Minderheiten-Koalition der gerade abgewählten Linken, SPD und Grünen. Um eine schwarz-blaue Alternative mit Björn Höcke zu blockieren. Dann legte Thüringens ehemaliger Ministerpräsident Dieter Althaus (CDU) nach und präziserte, was mit „irgendwie“ gemeint sein könnte: eine sogenannte Projektregierung aus Linke und CDU.

Nun sind Projekte vor allem deutschen Hobbybastlern bekannt aus einschlägiger Werbung von Deutschlands Markenfürhern im Baumarktswesen OBI, Bauhaus und Hornbach. Vor allem Hornbachs Handwerker-Hymne „Jabba-ja-ja-jippie-jippie-jeeh“ dürfte Thüringens Postkommunisten am nächsten liegen. Denn das Lied nach der Melodie „Von den blauen Bergen kommen wir“ war

ursprünglich den hart arbeitenden Menschen gewidmet und weckt Assoziationen an Arbeiterchöre und Sozialismus.

Hinzu kommt, dass der Refrain den fleißigen Bastler als Helden der Arbeit adelt, der ideenreich ranklotzt, um die (Projekt)Planerfüllung doch noch zu schaffen. Das kennt man noch von Erich. Auch die Hornbach-Werbesprüche wären stimmig für eine Thüringer Projektregierung: „Es gibt immer was zu tun“, „Du lebst. Erinnerst Du dich?“ oder „Dein Projekt gehört nur Dir“.

Marktführer OBI setzt mehr auf den klassischen Projektstil: „Es ist Zeit für...“ beginnen die jeweiligen Projektideen. Übersetzt in praktische schwarz-linke Thüringer Projektpolitik könnten z.B. künftig die Leitsätze zum Start eines Projektes lauten: „Es ist Zeit für... Enteignungen“, „Es ist Zeit für... Planwirtschaft“. Oder so ähnlich.

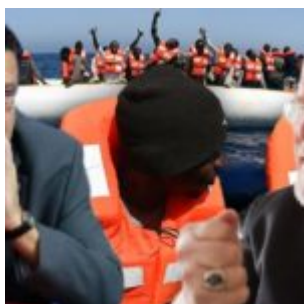
Gut möglich, dass sich Gauck, Althaus und Genossen vom Baumarkt haben inspirieren lassen. Dort gehen ja schließlich auch Männer mit ihrer scharfen Säge ins Bett und tanzen dann barfuß durch den Regen. Warum sollte nicht ähnliches realiter für einen künftigen Thüringer Wirtschaftsminister möglich sein, der sich dann Projektleiter nennt und kein Politiker sein muss, sondern „Experte“.

Althaus kann sich zwischen zehn und 15 Projekten vorstellen, die dann zwischen Linken und Schwarzen aufgeteilt werden. Die Projektoberleitung hätte Bodo Ramelow (Projektleiter Staatskanzlei, Linke) inne, wobei die CDU nicht ihre Seele verlieren würde, weil sie ja nicht mit den Linken koalieren und diese stabilisieren würde. Nur tolerieren, aber das ist ganz was anderes.

Wenn da nicht noch ein Stolperstein wäre, denn SPD und Grüne spielen in dem Konzept einer Projektregierung keine Rolle. Sie setzen mehr auf eine Minderheitsregierung, um doch noch trotz krachender Niederlage an die Fleischtöpfe der Macht zu kommen.

Vorerst müssen sie wohl gute Miene zum bösen Spiel machen.

Auch der offenbar unterbeschäftigte Altbundespräsident Gauck scharrt bereits mit den Hufen, denn er ist als Vermittler für „irgendwie“ im Spiel, nachdem er altersmilde gegenüber früheren Kommunisten geworden ist. Im Grunde haben die politischen Hobbybastler aus Thüringen aber alles getan, um die AfD zu verhindern. Auch ein passender Startspruch aus dem Baumarkt stünde für eine Projektregierung schon bereit: „Thüringen, wenn´s gut werden muss“.



Stephan Brandner (AfD) nimmt Kardinal Marx ins Gebet

Stephan Brandner, stellvertretender AfD-Bundessprecher, hat den Kardinal der römisch-katholischen Kirche, Reinhard Marx, in einem Offenen Brief ins Gebet genommen. Brandner fragte beim Erzbischof von München und Freising und Vorsitzendem der Deutschen Bischofskonferenz nach, ob und wann die Basis der Kirche mit dessen 50.000 Euro-Spende für ein evangelisches Rettungsschiff (PI-NEWS berichtete) einverstanden war.

Brandner schreibt:

„Sehr geehrter Herr Marx,

Medienberichten zufolge haben Sie aus Mitteln Ihres Erzbistums

50.000 Euro für ein geplantes Schiff des Bündnisses „United 4 Rescue“ gespendet. Es heißt, das Projekt sei auch innerhalb der Kirche umstritten. Mich interessiert, welche Gründe es für diese Entscheidung gab und inwiefern diese innerhalb der Glaubensgemeinschaft abgestimmt wurden.

Weiter bitte ich um Auskunft darüber, ob und in welcher Höhe Sie aus Ihren privaten Mitteln (Ihre monatlichen Bezüge aus Steuermitteln sollen ja beachtlich sein) für diesen Zweck spenden, da es Ihnen doch ganz persönlich ein Anliegen zu sein scheint. Warum greifen Sie zusätzlich auf Mittel des Erzbistums zurück? Gibt es da keine wichtigeren Aufgaben? Gerne können Sie mir auch Auskunft darüber erteilen, welche Projekte Sie zudem aus Ihren privaten und Mitteln Ihres Bistums unterstützen.

Ich frage mich, ob auch meine Kirchensteuern, die ich seit etwa 30 Jahren in nennenswerter Höhe zahle, für diesen Zweck aufgewendet werden, obwohl ich nicht dazu bereit bin, Schlepper zu unterstützen und es meine Überzeugung ist, dass der Einsatz sogenannter „Seenotrettungsschiffe“ dazu führt, dass immer mehr Menschen den lebensbedrohlichen Weg über das Meer nach Europa suchen, wo sie auf ein besseres Leben hoffen.

Wie können Sie es vertreten, ein Anreizsystem zu unterstützen, das Menschen nicht selten in den Tod und in unserer Gesellschaft zu erheblichen Spannungen führt?“

Über die Antwort des Kirchenmannes wird PI-NEWS selbstverständlich berichten.



Erinnerung an Islamterror- Anschlag auf Charlie Hebdo: Für ZDF ein „Streit“

Von MICHAEL STÜRZENBERGER und WILFRIED PUHL-SCHMIDT | Am 7. Januar jährte sich der Islamterror-Anschlag auf die französische Satire-Zeitschrift „Charlie Hebdo“ zum fünften Mal. Zwei wütende Moslems stürmten 2015 mit Maschinengewehren in die Redaktionsräume, ermordeten 12 Menschen und verletzten 11. Bei ihrem Morden riefen sie „Allahu Akbar“ und „Wir haben den Propheten gerächt!“. Ihr Prophet darf aus islamischer Überzeugung heraus nicht „beleidigt“ werden, auch nicht mit harmlosen humorvollen Karikaturen. In der Geschichtsschreibung über den Propheten ist es festgehalten, dass Spötter, Kritiker und Beleidiger ermordet wurden. Da verstand Mohammed keinen Spaß. Diese humorlose Killer-Tradition hält sich bis heute.

Aus Sicht dieser fundamental gläubigen Moslems ist es ihr Recht, den Propheten zu rächen. Teil der Scharia, des islamischen Gesetzes. „Ihr seid die beste Gemeinde, die für die Menschen entstand. Ihr gebietet das, was Rechtens ist, und ihr verbietet das Unrecht, und ihr glaubt an Allah“, Sure 3 Vers 110, die Grundlage für das Selbstverständnis des Islams. Das Gesetz ist von Allah gegeben, an dem es keinen Zweifel gibt, und Moslems sind dazu berufen, dieses Gesetz anderen aufzuzwingen. Die Scharia steht über allen von Menschen gemachten Gesetzen. Das ist das Prinzip des Politischen

Islams, das auch von allen 57 islamischen Ländern mehr oder weniger intensiv umgesetzt wird. Daher haben sie auch alle 1990 in Kairo ihre eigene Menschenrechtserklärung unterzeichnet, die sich fundamental von derjenigen der Vereinten Nationen unterscheidet.

„ZDF heute“ hat zum fünften Jahrestag dieser kaltblütigen Exekution eine Chronologie der islamischen Terror-Anschläge der letzten 30 Jahre veröffentlicht, die mit Rache wegen vermeintlicher „Beleidigungen“ des Propheten begründet werden. Von der Todes-Fatwa gegen den Buchautor Salman Rushdie 1989 über die Ermordung von Theo van Gogh 2004, dem Massenmord im Bataclan 2015 bis zum Sprengstoffanschlag in der Manchester Arena 2017. Diese Mordserien stellte das ZDF als „Streit zwischen islamischer und christlicher Welt“ dar, wozu es auch eine Twitter-Meldung gab, die das völlige Unverständnis der GEZ-Funker über diese totalitäre gewaltbereite Weltanschauung dokumentiert:



Diese Formulierung ist typisch für die notorischen Kultur-Relativierer im Westen, die ständig danach trachten, den Islam zu verharmlosen. Daraufhin gab es immerhin auch empörte Reaktionen, beispielsweise vom Historiker Michael Wolfssohn in der BILD:

„Das ist kein Streit zwischen islamischer und christlicher Welt. Das war und ist ein Konflikt zwischen Intoleranz und Toleranz, Menschenverachtung und Menschenwürde, offener und abgekapselter Gesellschaft.“

Das ZDF benutzt in jenem Fall, wie viele und so oft hierzulande, willentlich die typische Kopf-in-den-Sand-Sprache. Mit ihrer Hilfe sollen – leider – vorhandene Konflikte verharmlost werden.“

Daraufhin löschte „ZDF heute“ seinen Tweet und brachte einen neuen, der den Begriff „Streit“ mit „Konflikten“ ersetzte und von einer „Zäsur“ sprach:

 **ZDF heute** @ZDFheute · 7. Jan.
Der #CharlieHebdo-Anschlag war eine **Zäsur im Konflikt zwischen islamischer und christlicher Welt**. Ein Überblick von Rushdies "Satanischen Versen" bis zum Anschlag auf das @ArianaGrande-Konzert 2017.



Chronologie: **Konflikte um Pressefreiheit, Meinung und Kunst**
Der "Charlie Hebdo"-Anschlag war eine Zäsur im Konflikt zwischen islamischer und christlicher Welt. Ein Überblick von Rushdies "Satanisch...
[zdf.de](https://www.zdf.de)

Es handelt sich hier nicht um einen „Konflikt“. Wir haben es mit barbarischen Anschlägen auf die westliche, freie und demokratische Gesellschaft zu tun. Mit dem koranbefohlenen Ziel, „Schrecken in die Herzen der Ungläubigen zu werfen“ und sie der Scharia zu unterwerfen. Islam heißt Unterwerfung, unter den Willen Allahs, und daraus leitet der Politische Islam auch seinen alleinigen weltlichen Machtanspruch ab. Dushan Wegner griff das Thema auch auf, u.a. bei Tichys

Einblick veröffentlicht:

Dann kurz nach Mittag: Das ZDF löscht den Tweet kommentarlos und ersetzt ihn mit einem, der vom Anschlag auf Charlie Hebdo als »Zäsur« in einem »Konflikt« spricht (@zdfheute, 7.1.2020 / archiviert). Staatsfunker begreifen nicht: Erstens: Es ist kein »Konflikt«, sondern Terror von Extremisten gegen unsere Freiheit, die sie nicht ertragen können. Zweitens: Wenn Charlie Hebdo (2015) eine »Zäsur« war, was war 9/11? Weiterhin Teil eines »Streits«? Ach, himmlische Mächte, eilt herbei, und gebt den Staatsfunkern guten Rat, wir hier unten sind überfragt. (..)

Der deutsche Staatsfunk verharmlost vielfachen Mord und grausame Terror-Anschläge hier als Teil eines »Streites«. Nein, es ist kein Streit. Die islamische Welt ist zuerst und zuletzt im Konflikt mit sich selbst. Man ist zerrissen zwischen der Unterwerfung und der Freiheit. Man fordert für sich die Freiheit der Meinung und der Demonstration, nur um Plakate wie »Freedom of Expression go to Hell« hoch zu halten (theguardian.com, 3.2.2006), oder wie immer wieder in Berlin, für Udemokraten und Feinde des Westens zu demonstrieren. (..)

Nein, Terroranschläge sind nicht »Streit«, wie der Staatsfunk nahelegt, sie sind nicht Teil eines »Streites«, nicht Folge und schon gar nicht Konsequenz. Terror ist Terror. Terror ist der Versuch, politische Ziele mit Gewalt und Einschüchterung zu erreichen. Islamistische Terroristen wollen den Westen zwingen, mehr wie die Orte zu werden, aus denen sie ausgewandert sind. Es ist ein politisches Ziel. Es ist so absurd wie tödlich.

Der Theologe Wilfried Puhl-Schmidt erstellte zu dem Thema einen umfassenden Artikel, in dem er die Morde dokumentierte, die zu Zeiten Mohammeds an dessen Kritikern verübt wurden:

In der Tat geschah etwas am heutigen 7. Januar vor 5 Jahren, was nicht einfach verschwiegen oder vergessen werden darf. 1 Minute und 49 Sekunden dauerte der Anschlag auf das Büro der kritisch-satirischen Zeitschrift „Charlie Hebdo“ in Paris. 12 Opfer forderte die Untat. Tiefgläubige Muslime wissen nicht, was Satire ist und verstehen weder Humor noch Spaß, wenn ihr Prophet Mohammed in ihren Augen spöttisch oder kritisch dargestellt wird.

Gerne spricht man bezüglich „Charlie Hebdo“ seit 5 Jahren von Terroristen und Islamisten. Ich möchte jedoch begründen, dass die Morde nicht von muslimischen Extremisten oder Terroristen begangen wurden! Vielmehr handelten sie als treue und fromme Jünger ihres Propheten, dessen gnadenlose und bestialische Auftragsmorde seit 1400 Jahren überliefert werden. Mohammed forderte nämlich immer wieder Mitglieder der muslimischen Urgemeinde auf, seine Kritiker und Spötter zu töten. Teilweise spürten tiefgläubige Muslime sogar seinen Tötungsauftrag, bevor er ihn ausdrücklich erteilte.

Die Mörder von „Charlie Hebdo“ nahmen sich an Mohammed und den Vollstreckern aus der Urgemeinde ein Beispiel. Dürfen sie und andere aktuelle Jünger Mohammeds etwa deswegen nicht verurteilt oder als Islamisten und Terroristen beschimpft werden, bloß weil ihre Untaten nicht in unser politisch und kirchlich korrektes Bild von einem friedlichen und barmherzigen Islam passen?

Ich möchte nun konkrete Beispiele aus dem Leben Mohammeds und der muslimischen Urgemeinde aufzeigen, welche letztlich die Mörder von „Charlie Hebdo“ beauftragten und rechtfertigten. Die folgenden Beispiele sind u. a. dem Buch „23 Jahre. Die Karriere des Propheten Muhammad“ des iranischen Islamwissenschaftlers und fundierten Kenners der Islamgeschichte, Ali Dashti, entnommen. Wegen kritischer Äußerungen zu Politik und Islam wurde er 1981 zu Tode

gefoltert.

Andere Beispiele können z. B. dem Buch „Die islamischen Eroberer“ des Islamwissenschaftlers und Konvertiten Michael Steiner (Deckname) entnommen werden.

Abu Afak gehörte zum jüdischen Clan der Banu Ubayda. Er forderte die Einwohner von Medina auf, Mohammed kritisch zu beurteilen und ihm nicht blind zu folgen. Zudem hatte er Gedichte über Mohammed verfasst und Anekdoten verbreitet. Salem bin Umayr führte Mohammeds Auftrag hinterhältig aus und tötete den 120-jährigen Abu Afak während dieser in seinem Vorgarten schlief.

Asma bint Marwan, eine Mutter von 5 Kindern und Angehörige des jüdischen Clans der Banu Umayya und Banu Khatma war entsetzt über die Ermordung Abu Faks und äußerte in einem Gedicht ihren Protest. Umayr bin Ady al Kathmi ermordete sie nachts im Auftrag Mohammeds während sie gerade ihr jüngstes Kind stillte. Mohammed war sehr erfreut über diese Bluttat und sagte zu Umayr: „Du hast Allah und seinem Propheten geholfen!“.

Man stelle sich vor, dass auch die Mörder im „Charlie Hebdo“ sich letztlich nicht nur von Mohammed, sondern auch von Allah beauftragt und gerechtfertigt wussten. Das sind furchtbare Hintergründe und Dimensionen!

Nazr ibn Hares hatte Verse des Koran kritisch beurteilt und als „alte Geschichten“ bezeichnet. Wahrscheinlich kannte er sich in der Thora oder in der Bibel aus. Mohammed ließ ihn töten.

Aqba ibn Abi Moayt war in der Schlacht bei Badr gefangengenommen worden. Asen ibn Sabet erhielt von Mohammed den Befehl, ihn zu töten. Aqba schrie laut auf: „Was wird denn aus meinen Kindern?“ Mohammed gab zur Antwort: „Zur Hölle!“ Durch die gesamte Biographie Mohammeds zieht sich ein Charakter, der keine Gnade, kein Erbarmen und keine Vergebung

kennt.

Fartana und Qariba waren zwei Sklavinnen von Abdullah ibn Sad ibn Abi Sarh, die spöttische Lieder über Mohammed gesungen hatten. Mohammed ließ beide töten.

Umm Qirfa, eine alte Frau des Banu Fazara hatte Mohammed kritisiert. Mohammed befahl Keis bin Almusahhar diese Frau grausam zu töten. Und dieser tötete sie, indem er um jedes ihrer Beine ein Seil legte, welches mit je einem Kamel verbunden war. Er trieb die beiden Kamele auseinander und ließ die Frau in zwei Teile zerreißen. Dieser abartig grausame Befehl Mohammeds wurde auch in dem viel beklagten Film „Innocence of Muslims“ dargestellt. Die weltweiten Proteste von Moslems mussten jedoch verstummen als fundierte moslemische Kenner der Biographie Mohammeds diese furchtbare Szene bestätigten.

In diesem Zusammenhang möchte ich ausdrücklich darauf hinweisen, dass Mitglieder des Islamischen Staates sich ein Beispiel an dem damaligen Auftrag Mohammeds und seiner Ausführung durch Keis bin Almusahhar nahmen. Wie üblich stellten Mitglieder des IS ihr Vorhaben ins Internet. Sie spannten ihr jammerndes Opfer nicht zwischen Kamele sondern zwischen zwei Autos... Ich konnte damals nicht mehr in die dämonisch grinsenden Fratzen jener schauen, welche offensichtlich die Biographie Mohammeds studiert hatten. Auch schaltete ich das Internet-Video aus, als ich die kommenden Qualen und das furchtbare Ende der Opfer ahnte.

Während ich diese Zeilen schrieb und schreibe, wird der Opfer vom 07.01.2015 gedacht. Auch hohe Politiker erweisen den damals ermordeten Journalisten des „Charlie Hebdo“ die Ehre. Dies ist sicherlich mehr als Anstand.

Mögen jedoch vor allem die Chefredakteure der Medien sowie die Verantwortlichen aus Politik und Kirche endlich grundlegende Fragen an den Koran, an Allah und an seinen Propheten zulassen

und fördern, damit sich kein Moslem in seinen Untaten auf den Islam berufen kann.

Diesen Artikel „Charlie Hebdo – da war doch was?“ veröffentlichte Wilfried Puhl-Schmidt am 7. Januar auf seinem Blog „Shalom44“. Es muss weiter Druck auf die Mainstream-Medien ausgeübt werden, damit sie der Bevölkerung endlich die Fakten über den Politischen Islam vermitteln und die völlig unverantwortliche Relativiererei sowie Verharmlosung beenden.



Michael
Stürzenberger

PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder bei Patreon.



In der Thüringer CDU rauchen die Colts

Von WOLFGANG PRABEL | Das Thüringer CDU-Landesschiff dümpelte gestern abend im linken und rechten Brackwasser, der Kapitän Mohring wurde auf der Brücke wieder einmal nicht gesehen. Er ist ein Schettino, der die Kommandobrücke des CDU-Schiffs nach der Landtagswahl-Kollision mit den widerborstigen Wählern immer dann verläßt, wenn etwas zu entscheiden ist.

Die Werteunion hatte eine Veranstaltung mit Hans-Georg Maaßen in Niederorschel organisiert. Der Saal war mit 250 Personen bis auf den letzten Platz gefüllt, eine namentliche Anmeldung war erforderlich. Etliche Personen, insbesondere von der Antifa, waren im strikten Sieb der Auswahl hängengeblieben, darunter nach meinen Erkundigungen auch die Landtagsabgeordnete Preuss-König. Linke sollen nach Erkenntnissen in der Regel gut informierter Kreise geplant haben, sich als AfD-Mitglieder auszugeben und die Veranstaltung zu ruinieren.

Das Intro der Veranstaltung hielt Landrat Werner Henning, ein Urgestein der Ost-CDU und deswegen ein Anhänger der „Nationalen Front 2.0“, also der Koalition mit den Linken im Landtag. Ansonsten war Henning immer ein Anhänger der Vereinigung des Eichsfeldes mit Niedersachsen. Denn das Eichsfeld ist stammesmäßig und religiös eine Ausnahme in

Thüringen. Die Einwohner sind wie Björn Höcke sprachlich Westfalen und sie sind erzkatholisch. Der Landrat kann Erfurt nicht ausstehen, so wie viele seiner Einwohner.

Henning fremdelte offensichtlich auch mit der von ihm eröffneten Veranstaltung. Er hätte bisher keine Kennung gehabt, daß die Werteunion eine eigene Körperschaft sei und er wäre überrascht, daß so viele Personen erschienen sind. Letztlich war seine Eröffnung keine Rede, sondern eine dem Hauptreferenten Maaßen und der Werteunion gewidmete Predigt. Wenn eine Gruppe die wahren Werte der CDU für sich reservieren wolle, „dann ist das nicht meine Welt“. Er verließ die Veranstaltung vorzeitig und vermied den Kontakt mit Maaßen.

Christian Sitter, der Chef der Thüringer Werteunion, übernahm das Mikro. Er betrachtet die Werteunion als „in der Mitte der Partei angekommen“. Sie habe in Thüringen inzwischen 123 Mitglieder und will die CDU verändern. Die CDU basiert seiner Meinung nach auf drei Säulen: christlich-sozial, liberal und konservativ. Er könne es nicht verstehen, daß die CDU den Steigbügelhalter für R2G (Rotrotgrün) spielt. Die Werteunion sagt „nein“ zu jeglichen Gesprächen mit der Linken.

Hans-Georg Maaßen erläuterte, daß er heute nicht hier wäre, wenn er die vier Sätze zu Chemnitz nicht gesagt hätte. „Es ist niemals ein Fehler, die Wahrheit zu sagen“. Er wollte seine Aussage nicht revidieren oder relativieren und der CDU sagen „macht doch Euren Dreck alleine“. Er sieht das Profil der CDU verschwunden. Er wollte nicht in die AfD, weil er diese in Teilen für rechtsradikal hält.

Er sieht vier Problemfelder in der deutschen Politik: die Migrationspolitik, eine realistische Politik, was das Klima betrifft, die Rechtsstaatlichkeit sei in Gefahr, weil Gesetze nicht mehr vollzogen werden und die Moralisierung des Rechts, am Beispiel vom Umgang mit FfF.

Maaßen betrachtet die Linke nicht als normale Partei, sondern

sie ist die mehrfach umbenannte SED. Der Verfassungsschutz habe irgendwann aufgehört die SED zu beobachten, weil man nach den NSU-Fällen mehr auf das Gewaltpotential der Rechten geachtet hat. Ramelow war DKP-nah und Maaßen befürchtet, dass die Linke jetzt in der zweiten Legislatur ihren Sozialismus umsetzen wird. So wie in Berlin, wo das auch erst in der zweiten Regierungsperiode erfolgt sei.

Er wertete die Wahl vom 27.10.2019 so: Enttäuschend für die CDU, die SPD ist tot, die dritte Hauptaussage ist: die Sozialisten haben keine Mehrheit mehr. Die verbliebenen Wähler der CDU würden es als Verrat betrachten, wenn die CDU der Linken zum Ministerpräsidenten verhelfen würden.

Was stellt man mit diesem Wahlergebnis an:

1. die CDU sollte jetzt mutig sein: „Sie sollte einen eigenen Kandidaten oder eine Kandidatin stellen, um dann eine Minderheitsregierung zu bilden. Es gibt eine Mehrheit jenseits einer sozialistischen Regierung.“ Man dürfe nicht zum „Steigbügelhalter der Sozialisten“ zu werden. Alles andere sei „ein Verrat“ an den Opfern der SED und den Werten der Union. An dieser Stelle ist der Beifall im Saal zu erwähnen. Auf eine Frage nach Stimmen von der AfD sagte er: „Wer uns wählt, sollte uns schnurz sein.“

2. Nie wieder Sozialismus

Bei der Fragerunde kam es zur peinlichen Konfrontation zwischen dem örtlichen Landtagsabgeordneten Thadäus König (CDU) und Vera Lengsfeld (auch CDU). König äußerte sich gegen die Aufstellung eines CDU-Kandidaten für den MP. „Das ist Selbstfesselung“, rief Lengsfeld emotional. „Keine Zusammenarbeit mit der Höcke-AfD!“, schrie König. In der CDU rauchen die Colts.

(Dieser Beitrag erschien im Original auf prabelsblog.de)



Trauerfeier in Berlin für Qassem Soleimani

Von MANFRED ROUHS | In der Imam-Riza-Moschee in Berlin-Neukölln findet heute Abend eine Trauerfeier für den getöteten iranischen General und Terroristenführer Qassem Soleimani statt. Die mullah-kritische Initiative „Stop the bomb“ ruft zu einer Gegenkundgebung auf.

Sie setzt sich schwerpunktmäßig mit dem iranischen Regime auseinander, macht heute aber ausnahmsweise einmal gegen türkische Aktivitäten mobil: Im Trägerverein der Imam-Riza-Moschee sind keine Perser organisiert, sondern türkische Schiiten. Allerdings gibt es beim „Imam-Riza-Moschee und Solidaritätsverein“ eine Reihe von Hinweisen auf „einzelne personenbezogene Verbindungen zum iranischen Regime“, teilt ein Sprecher der Berliner Innenverwaltung dem „Tagesspiegel“ mit.

Religion verbindet eben, auch über ethnische Grenzen hinweg. Und wenn es irgendwo kracht in der Welt im „Kampf der Kulturen“, finden Schiiten in der Imam-Riza-Moschee Rückhalt und die für den internationalen Kampf erforderliche Infrastruktur. Deutschland macht's möglich: denn wir sind ja alle weltoffen und tolerant ...

Die deutsche Toleranz weiß auch die Hisbollah zu schätzen, zu

deren international wichtigsten Köpfen Qassem Soleimani gehörte. Als er 2006 persönlich an einem Angriff der Hisbollah auf Ziele in Israel teilnahm, konnte sich die Hisbollah bereits seit neun Jahren auch auf Spenden aus Berlin verlassen. Denn die Imam-Riza-Moschee wurde, der deutschen Toleranz sei Dank, im Jahre 1993 erbaut, als die deutsche Hauptstadt bereits seit einer Dekade so richtig schön multi-kulturell war und ein politischer Konsens bestand, schiitische Muslime von unser aller großer Reise in eine immer bunter werdende Zukunft nicht ausschließen zu wollen.

Kassam-Raketen, Bomben und Kalaschnikows kosten Geld. Hinzu kommen hohe Kosten für die Versorgung von Familienangehörigen der Märtyrer. Moscheen und ihre Trägervereine in Europa bilden das Rückgrat des finanziellen Netzwerkes nicht nur, aber auch der Hisbollah, die deutlich schwächer werden würde, falls die Deutschen ihre Toleranz eines Tages ablegen sollten.

Bis dahin aber werden weiterhin deutsche Politiker nach Yad Vashem pilgern und Krokodilstränen vergießen, während sie muslimischen Terrorgruppen die Möglichkeit geben, in Europa den Klingelbeutel rundgehen zu lassen – vielleicht ja auch heute Abend in der Reuterstraße 93 in Berlin-Neukölln, wo die Türken von Imam Riza ihre schiitische Moschee unterhalten und den Märtyrer Qassem Soleimani hochleben lassen?



„Bodenwertzuwachssteuer“ – das neueste Bonmot von Esken/Borjans

Von CANTALOOOP | Die liebreizende Dame auf dem oberen Bild, von der wirklich nur böse Zungen behaupten können, sie pflege einen ausgesprochen governantenhaften Stil und ihre verkniffene Lippenpartie korreliere extrem gut mit ihrem übrigen Habitus, wünscht sich zusammen mit ihrem Adlatus Norbert Walter-Borjans, dessen Hauptverdienst bislang der rechtlich höchst bedenkliche Ankauf von Steuer-CDs aus der Schweiz darstellte, eine deutlich höhere Besteuerung für Grundbesitzer.

Mittlerweile wissen wir, dass es in SPD-Kreisen innerparteilich einen überaus kreativen Think-Tank geben muss, an dessen Spitze sich die beiden Führungs-Profis Esken/Borjans bestens bewähren. Deren geistige Ergüsse gleichen nämlich vom Aufbau her einem Binär-Code und bestehen erstens aus Steuererhöhungen – und zweitens aus Gesetzesverschärfungen. Der Einfachheit halber und in Anlehnung an das sozialistische Ideal wird auf weitere Ideen verzichtet.

Ein Wortungetüm namens „Bodenwertzuwachssteuer“ ist somit die neueste Schöpfung der „schwäbischen Beißzange“ mit dem nordisch anmutenden Namen und ihrem physiognomisch eher unauffälligen Pendant an der SPD-Führungsspitze. Dieses neu erweckte Bürokratie-Monster war aus guten Gründen seit den 1940-er Jahren in der Versenkung verschwunden.

Sozialistische Luftschlösser ohne Mehrwert

Was für ein hervorragender Impuls unserer progressiven Umverteiler, die selbst wieder einmal keinerlei eigene Werte schaffen, kein unternehmerisches Risiko eingehen, sondern nur „abschöpfen“ wollen. Selbstredend bei den vermeintlich

„Reichen“, vulgo, beim bösen, bürgerlichen Klassenfeind.

„Wir wollen nicht mehr und nicht weniger, als dass auch private Grundbesitzer, die ohne weiteres Zutun durch die Umwidmung von Flächen zu Multimillionären werden, ihrer Kommune einen Teil davon zurückgeben müssen“, erklärte der kurz „Nowabo“ genannte Ex-NRW Finanzminister Borjans ihr edles Ansinnen der erstaunten Presse.

Nachdem dieses SPD-Dreamteam schon mit Forderungen nach Mietendeckel, Vermögenssteuer, Windbürgergeld, Grundrente sowie anderen Errungenschaften, die auch Walter Ulbrichts staubiger Mottenkiste entstammen könnten glänzte, entstand nun ein weiteres, spannendes Projekt, abseits des ebenfalls geforderten Tempolimits auf Autobahnen. Zum weiteren hemmungslosen Auspressen der wertschöpfenden Bevölkerung bestens geeignet.

Anstelle von dringend gebotennem Bürokratieabbau und Steuerverringerung schaffen diese erzlinken Traumtänzer zusätzliche Hürden für den dringend benötigten Wohnungsbau und bremsen zudem private Häuslebauer aus. Rückschritt statt Innovation. Darüber hinaus ist vollkommen unklar, nach welchen marktwirtschaftlichen Kriterien so eine Art von Steuer überhaupt berechnet werden könnte, um halbwegs gerecht zu sein.

Wie nicht anders zu erwarten einmal mehr eine gedanken- und visionslose Marxisten-Utopie, die sich in ihrer betonköpfigen Verbohrtheit eher am allseits bekannten Sozi-Muff als an der Neuzeit orientiert. Ob die Bürger wirklich solcherlei Experimente goutieren, wird sich bei den nächsten Umfragewerten zeigen. Wir wünschen: Glück auf, Genossen!



Connewitz: Mildes Urteil im Prozess gegen Silvestertäter Satpal A.

Von JOHANNES DANIELS | Sachsens neue Justizministerin mit ihrem BRAND-aktuellen Internet-Hit „Advent, Advent, ein Bulle brennt“ (PI-NEWS berichtete) hat allen Grund, stolz auf ihren linksstaatlichen Justizapparat zu sein: Im Schnellverfahren hat das Leipziger Amtsgericht acht Tage nach der Silvester-Randale am Connewitzer Kreuz ein erstes Urteil gefällt. Der 27-jährige Linksfaschist Satpal A. erhielt eine drastische „Bewährungsstrafe“ und soll zudem Arbeitsstunden im „sozialen Bereich“ ableisten.

Satpal, der an den brutalen Silvester-Straßenschlachten gegen Polizeieinsatzkräfte am Connewitzer Kreuz maßgeblich beteiligt war, ist am Mittwoch vom Leipziger Amtsgericht in einem beschleunigten Verfahren verurteilt worden und erhielt eine Freiheitsstrafe von sechs Monaten auf Bewährung. Zudem muss er 60 Stunden gemeinnützige Arbeit leisten. Der derzeit arbeitslose „Straßenkünstler“ hatte zuvor zugegeben, gegen 1.15 Uhr in einer Seitenstraße des Connewitzer Kreuzes einem rennenden Polizisten ein Bein gestellt zu haben. Der Beamte stürzte und erlitt Schmerzen am Arm und am Knöchel.

Satpal A. wurden der tätliche Angriff auf Vollstreckungsbeamte, vorsätzliche Körperverletzung und Widerstand gegen die Polizei vorgeworfen – das Urteil

entsprach weitgehend der Forderung der Staatsanwaltschaft. Verteidiger Andreas Meschkat hatte für eine Geldstrafe gemäß dem derzeit mittelguten Arbeitseinkommen des AntiFa-Terroristen plädiert.

Gemäß seinem Verteidiger entschuldigte sich Satpal in der Verhandlung und könne sich nicht erklären, warum er das gemacht habe. „Das war eine riesengroße Dummheit“, sagte er. Nach der Verhandlung kam er sofort auf freien Fuß. Das Urteil ist rechtskräftig.

Der Linksterrorist war einer der lediglich vier Verdächtigten, die nach den Krawallen von der Polizei festgenommen worden waren. Drei 29 bis 32 Jahre alte Männer sitzen weiterhin in Untersuchungshaft. Sie hatten in der Silvesternacht im „linksalternativen“ Stadtteil Connewitzer Kreuz in Leipzig Böller, Flaschen und Steine auf Polizisten geworfen haben und dabei mehrere Polizisten verletzt. Ein 38 Jahre alter Beamter wurde dabei schwer verletzt und musste im Krankenhaus notbehandelt werden.

Weitere Schnellverfahren sind nach Angaben der Leipziger Staatsanwaltschaft aktuell nicht geplant. Die Tatvorwürfe seien bei den anderen drei Beschuldigten schwerer. „Weitere Ermittlungen sind nötig“, erklärte Behördensprecher Ricardo Schulz am Dienstag der LVZ. Die Fälle würden sich deshalb nicht für Schnellverfahren eignen. Insgesamt laufen nach den Krawallen Ermittlungen gegen zwölf Verdächtige.

Der 27-jährige Zwickauer Satpal, der in Leipzig bei und von seiner Freundin lebt, wurde am Mittwoch innerhalb von nur 55 Minuten verurteilt. Satpal A., der zur Tatzeit betrunken (1,1 Promille) war, muss auch keine Strafe zahlen. Einsicht zeigte der Mann jedoch nicht. Er rechtfertigte den Angriff auf die Polizei vielmehr: Er sei das erste Mal zu Silvester am Connewitzer Kreuz gewesen. Bevor er den Beamten angriff, habe er gesehen, „wie Polizisten auf Zivilisten losgegangen seien“.

Die linksradikale „taz“ berichtet auf ihre Weise vom Blitzprozess:

„Geburtstag in U-Haft

Schon direkt nach der Tat wurde der zuletzt Arbeitslose festgenommen. Wegen des fehlenden festen Wohnsitzes saß er bis zum Prozess in U-Haft, verbrachte dort auch seinen jüngsten Geburtstag. Indes: Was der 27-Jährige sich hat zuschulden kommen lassen, geschah weit später als die Tat, die nun als Mordversuch gilt und über die jetzt alle reden. [...]

Der Staatsanwalt fordert dagegen eine sechsmonatige Freiheitsstrafe. Dem schließt sich Richter Uwe Berdon an. Die sechs Monate setzt er auf zwei Jahre Bewährung aus, zudem muss Satpal A. 60 Stunden gemeinnützige Arbeit leisten. „Ich bin überzeugt, Sie werden so etwas nicht wieder tun“, sagt Berdon. Dennoch habe er eine Straftat begangen, einen Polizeieinsatz behindert und das staatliche Gewaltmonopol infrage gestellt.

Satpal A. atmet sichtlich auf. „Ich bleibe auf jeden Fall straffrei“, versichert er dem Richter sofort. A. lächelt, nimmt noch im Gerichtssaal das Urteil an. Sein Haftbefehl wird aufgehoben. Auch sein Verteidiger zeigt sich zufrieden“.



NRW-Bürgermeister will sich bewaffnen – er fühlt sich von „Rechten“ bedroht

In Zeiten, in denen die Bürger täglich damit rechnen müssen von Merkels Neo-Plus-Deutschen aus diversen Gewaltdkulturen gemessert, erschlagen oder vergewaltigt zu werden, ihnen vermehrt vom Staat verharmloste Gewalt von links droht und ihnen zunehmend der Zugang zu Waffen verwehrt werden soll, sogar das nichtgenehmigte Mitführen von Pfefferspray unter Strafe steht, fordert ein Bürgermeister aus NRW das Recht sich zu bewaffnen, weil er sich von „Rechten“ bedroht fühlt.

Wie die „Rheinischen Post“ berichtet begehrt ein nicht namentlich genannt werden wollender Bürgermeister einer NRW-Gemeinde die Erlaubnis zum Führen einer schussbereiten Waffe, wegen seiner „besonderen Gefährdungslage“ von rechts.

Die zuständige Polizeibehörde verweigerte dem sich von Mails und Hass im Internet bedroht fühlenden Politiker die Erlaubnis. Die Gefährdungslage reicht offensichtlich nicht aus. In der Regel erhalten diese Genehmigung sinnvollerweise Richter und Staatsanwälte, die im Bereich der organisierten Kriminalität agieren. Der sich bedroht und nun auch unverstanden fühlende Bürgermeister brachte nun Klage beim Düsseldorfer Verwaltungsgericht ein, um sein Anliegen durchzusetzen. Die Verhandlung ist für den 21. Januar angesetzt.

Insgesamt zeichnet der Fall eine fatale Entwicklung. Während sich bis an Zähne bewaffnete Araber- und Zigeunerclans in unseren Straßen tummeln, Gewalt von Linken und die Verbrechen gegen Leib und Leben der Bürger seitens der ins Land gebetenen Mörder, Schläger und Frauenschänder verharmlost oder verschwiegen werden sollen, wollen sich nun sogenannte

Volksvertreter bewaffnen, um auf die eigenen Bürger schießen und diese, im engsten Sinn des Wortes, mundtot machen zu können.

Demnächst heißt es vielleicht, Vorsicht beim Besuch im Rathaus, ihr Bürgermeister könnte bewaffnet sein. (lsg)



Deutsche Außenpolitik bei Mutti Merkels Eunuchen

Von KEWIL | Die Bundeswehr hat wegen der neuesten Krise in Nahost Truppen aus dem Irak abgezogen, zum Beispiel 32 Soldaten aus Tadschi und sechs von woanders und ein paar von noch woanders. Schon diese Zahlen zeigen den Witz des ganzen wirren Einsatzes, obwohl die kleine CDU-Kanzlerkandidatin erst kürzlich noch mehr schicken wollte.

Wir haben auch Soldaten in Mali, im Sudan und Jemen, in der Westsahara und sonstwo und natürlich in Afghanistan, siehe Foto oben. Man sieht, wie bei der Bundeswehr ausgebildete Taliban hinter Mauern und Stacheldraht mit Holzgewehren schießen.

Lassen wir mal die Weiberarmee, die von Merkel und Flintenuschi von der Leyen (jetzt EU) so heruntergewirtschaftet wurde, dass unsere Armee zwar eine Kita hat und für Schwule, Lesben und Diverse offen ist, aber kaum

Hubschrauber, die fliegen, oder eine Marine im Wasser statt im Trockendock kennt.

Vom Außenministerium fliegt ein Minister mit stolzgeschwellter Hühnerbrust durch die Welt, von der EU zur Nato, zur UNO und will auf jeder Konferenz sein, redet überall, will vermitteln, gibt gute Ratschläge, aber niemand hört dem Handtuch zu. Warum?

Nun, die ganze Welt hat längst gemerkt, dass Deutschland auf dem absteigenden Ast sitzt und nichts mehr auf die Reihe kriegt. Der weltweite Spitzenplatz in der Autoindustrie wird gerade auch noch grün verschrottet. Nur unsere Kohle nimmt jeder gern.

Neben China, den USA und anderen Spitzenmächten sind wir längst abgeschlagen, und das wird trotz EU auf Dauer so bleiben. Das sollte unsere Politik aber gerade nicht hindern, endlich eigene nationale Interessen zu vertreten, also genau das, was alle Nationen auf dieser Erde tun, nur Germoney nicht.

Anstatt auf jeder Konferenz weltweit Millionen und Milliarden zu verteilen, sollte man gerade das Gegenteil tun und Gambia und anderen Schlitzohren die Entwicklungshilfe z.B. streichen, wenn sie ihre „Geflüchteten“ nicht mehr zurücknehmen möchten.

Warum müssen wir jeden sinnlosen US-Boykott mitmachen? Die Blockade Russlands wegen der Krim hat unsere Landwirtschaft bereits hunderte Millionen Euro gekostet. Putin wird die Krim trotzdem behalten.

Wie kann es sein, dass die Amerikaner uns dazu zwingen wollen, Nordstream 2 kurz vor Vollendung zu beerdigen und ihr teures Erdgas zu beziehen? Ohne Rohstoffe brauchen wir so viele verschiedene Energiequellen wie nur möglich. Wo bleibt da ein lauter Aufschrei?

Wie kann es sein, dass die deutsche Politik sich selber

aufgibt und unsere Staatskasse den Franzosen in Brüssel zur Plünderung übergeben will? Wieso darf eine demokratisch nicht legitimierte Einzelperson an der Spitze der EZB unser Geld veruntreuen, Minuszinsen verhängen und diversen Nachbarstaaten Schulden in Billionen-Höhe erlauben, wobei wir bürgen?

Warum gelten bei uns Gerichtsurteile aus dem Ausland von Brüssel, Straßburg, Den Haag bis nach New York? Warum ist das höchste Gericht für Deutschland nicht auch in Deutschland?

Wie kann es sein, dass wir unsere Grenzen nicht mehr selber sichern und uns einem türkischen Sultan unterwerfen und ihm Milliarden an Tribut zahlen, wonach er uns gleich wieder erpresst?

„Nation“ ist bei uns sogar ein Schimpfwort, aber nur bei uns. In allen anderen Ländern dieser Welt herrscht ein gesunder Egoismus. Gerade weil wir längst ein zweitrangiges Staatsgebilde sind, müssen wir uns bei allen Entscheidungen zwingend nach unseren eigenen Interessen richten. Nur so können wir uns in der zweiten Reihe behaupten, sonst fliegen wir dort auch noch raus.



Aus dem Protest ist ein

Flächenbrand geworden

Von MARKUS GÄRTNER | Die Proteste gegen das inzwischen gelöschte Skandal-Video des WDR nehmen kein Ende. Im Gegenteil, aus der Protestwelle ist längst ein Flächenbrand geworden. Erzürrnte Tweets, verschiedene Boykottaufrufe, wütende Briefe an den Intendanten, Demonstrationen vor dem Funkhaus in Köln, bei denen von Linksextremisten harmlose Bürger angegriffen werden. Währenddessen geht die skandalöse „Berichterstattung“ im öffentlich-rechtlichen Rundfunk gerade so weiter wie bisher.

Beim ZDF lasen wir gestern zum Jahrestag des Massakers in den Redaktionsräumen von Charlie Hebdo vom „Streit zwischen islamischer und christlicher Welt“. Hier geht es jedoch um eine Terrorwelle von Islamisten. Immer wieder werden Kritiker der Einwanderung und auch solcher Anschläge ermahnt, nicht alle Moslems in einen Topf zu werfen. Das ÖR Fernsehen gehört zu diesen Wächtern der Korrektheit – und „Orientierungsmaschinen“, wie die NZZ den WDR nannte – dazu, begeht aber genau dieselbe Dummheit.

Egal, es kann uns keiner. Das scheint die Einstellung im ÖRR zu sein. Dessen Zwangsgebühren-Eintreiber haben dieser Tage – mitten im wogenden Protest – erneut Erzwingungshaft gegen eine säumige Zwangs-Kundin erwirkt. Wie einfühlsam und auf Deeskalation bedacht!

Und während der Protest weiter wogt – und die Aufrufe im Internet zum Gebühren-Boykott ständig zunehmen – schlagen viele Mainstream-Medien zurück: Der Tagesspiegel fragt scheinheilig, „Worum es in der Kritik an ARD, ZDF und Co wirklich geht“ und gibt in der Unterzeile seines Berichtes gleich selbst die Antwort: „Eine Trollarmee zieht gegen die öffentlich-rechtlichen Sender zu Felde“. Wer dermaßen polemisiert und verzerrt, heizt das Klima nur weiter an und beschleunigt die Flucht des Publikums von den völlig einseitig

berichtenden Anstalten. So schrieb die Frankfurter Rundschau gar: „Rechter Aufmarsch vor dem WDR“, als sie die zweite Demo vor dem Funkhaus in Köln beschrieb.

Inzwischen verlangt das Publikum Sammelklagen, das Ende des ÖR-Systems, die Bestrafung der Mitarbeiter am Skandal-Video, die Reduzierung oder Streichung der Rundfunk-Gebühren sowie das Einstampfen überflüssiger Kapazitäten und das Ende der Indoktrination. Viele dieser Stimmen haben wir im vorliegenden Video eingefangen. Das Filmchen ist eine Blütenlese des massiven Protests aus allen Teilen des Landes und aus allen politischen Ecken im System. Das Märchen von den „rechten Trollen“ ist damit hoffentlich ein für alle mal entlarvt – wenn auch sicher gerne weiterverbreitet wird.

(Der Volkswirt Markus Gärtner, Autor von „Das Ende der Herrlichkeit“ und „Lügenpresse“, war 27 Jahre Wirtschaftsjournalist für die ARD und veröffentlicht jetzt regelmäßig Videokommentare für das Magazin „Privatinvestor Politik Spezial“)



#0magate sorgt weiter für

Proteste und linke Übergriffe

Von MARKUS WIENER | Das #Omagate sorgt weiter für Proteste und Unruhe am Sitz der WDR-Zentrale in Köln. Neben verschiedenen Demos für und gegen den WDR am vergangenen Wochenende und einer spektakulären Aktion der Identitären Bewegung (PI-NEWS berichtete) zeigte auch die AfD vor Ort Präsenz.

Mitglieder des Landesvorstandes, darunter Parteivize Matthias Helferich, und des Kölner Kreisverbandes führten unter den wachsamen Augen zahlreicher anderer Medienvertreter einen Infostand und eine Flugblattverteilung durch (siehe Fotos und Video unten).

Die NRW-Landtagsfraktion der AfD setzte zudem das Thema auf die Tagesordnung des Landtages, was prompt seinen Niederschlag in der nicht GEZ-zwangsgebührenfinanzierten überregionalen Presse fand.

Die politisch überwiegend links stehenden WDR-Redakteure pflegen dagegen trotz des Umweltsau-Debakels fleißig weiter ihren schlechten Ruf und verunglimpften die Bürgerproteste in einer Erklärung als "einen offenbar von Rechtsextremen orchestrierten Shitstorm" (PI-NEWS berichtete).

WDR-liche Hetze der üblichen Art also, die geeignet erscheint, schlichtere Gemüter zu noch böserem Tun zu ermuntern. Jedenfalls beließen es bisher unbekannte Täter nach dem Protestwochenende nicht beim Austausch von Worten (bzw. Grölen von Parolen), sondern starteten einen nächtlichen Angriff auf das in der Nähe befindliche Wahlkreisbüro der Kölner AfD-Bundestagsabgeordneten.



Helferich im WDR-Interview.



Polizeischutz vor Linksextremisten.

Dabei ließen sie die linke „Umweltsau“ heraus und beschmierten den Eingangsbereich des Geschäftshauses am belebten Heumarkt. Hierzu erklärt MdB Jochen Haug, frisch gewähltes AfD-Bundesvorstandsmitglied und betroffenes Anschlagsopfer: „Der Anschlag verdeutlicht die kriminelle Energie der Antifa-Szene in Köln. Leider zeigt sich nicht zuletzt die Kölner Oberbürgermeisterin Reker immer wieder auf dem linken Auge blind. Die AfD fordert klare Kante gegen Extremisten jeder Couleur und ein Ende öffentlicher Zuwendungen der Stadt an die linksautonome Szene!“

Leider ist aber anzunehmen, dass bei einer tatsächlichen politischen Wende im Land, Köln wohl zu den letzten Städten gehören wird, wo ein anderer Wind Einzug halten wird. Trotzdem, oder vielleicht gerade deshalb, gilt es auch in solchen Brennpunkten, die von den Altparteien über Jahrzehnte geschaffenen verkrusteten Strukturen mit Vehemenz zu durchbrechen.



Markus Wiener.

*PI
-
NE
WS
-
Au
to
r
Ma
rk
us
Wi
en
er
sc
hr
ei
bt
be
vo
rz
ug
t
zu
Kö
ln
er
un
d
ta
ge
sp
ol
it
is
ch
en*

Th
em
en
für
r
di
es
en
Bl
og
.
De
r
Po
li
to
lo
ge
un
d
ge
le
rn
te
Jo
ur
na
li
st
is
t
pa
rt
ei
lo
se
s

Mi
tg
li
ed
de
s
Kö
ln
er
St
ad
tr
at
es
un
d
de
r
Be
zi
rk
sv
er
tr
et
un
g
Ch
or
we
il
er
.
Se
it
üb
er

20
Ja
hr
en
wi
dm
et
er
se
in
po
li
ti
sc
he
s
un
d
pu
bl
iz
is
ti
sc
he
s
En
ga
ge
me
nt
de
r
pa
tr
io
ti

sc
he
n
Er
ne
ue
ru
ng
De
ut
sc
hl
an
ds
. Der
r
ge
bü
rt
ig
e
Ba
ye
r
un
d
dr
ei
fa
ch
e
Fa
mi
li
en
va

te
r
is
t
üb
er
se
in
e
Fa
ce
bo
ok
-
Se
it
e
er
re
ic
hb
ar
.